

VOM BÜRGERGELD ZUR GRUNDSICHERUNG

AUFGABEN

Bildet **Dreiergruppen**. In jeder Gruppe soll je eine Person Aufgabe 1, eine Person Aufgabe 2 und eine Person Aufgabe 3 bearbeiten.

1 Warum gibt es eine Grundsicherung?

- Lest die Definition ‚**Sozialstaat**‘ (**M1**). Fasst in einem Satz zusammen, **warum** es die **Grundsicherung** gibt.
- Scannt den QR-Code **M3** und lest den **Text**. Gebt den **monatlichen Betrag** der Grundsicherung wieder.
- Recherchiert den Begriff ‚**Existenzminimum**‘: Formuliert eine kurze **Definition** und überlegt welche **Ausgaben** mit dem Existenzminimum gedeckt werden müssen.

2 Was ändert sich mit der Grundsicherung?

- Scannt den QR-Code **M2** und lest den **Text**. Beschreibt die **Gründe**, warum das **Bürgergeld reformiert** wurde.
- Scannt den QR-Code **M4** und lest den **Text**. Fasst in einem Satz zusammen, welche grundlegende **Veränderung** die Einführung des **Bürgergeldes 2023** mit sich brachte.
- Scannt den QR-Code **M3** und lest den **Text**. Fasst zusammen, welche **Änderungen** mit Einführung der Grundsicherung in Kraft treten.

3 Die Reform in der Kontroverse

- Scannt die QR-Codes **M2** und **M5** und lest die **Texte**.
- Arbeitet je zwei zustimmende und ablehnende **Meinungsäußerungen** zur Reform der Grundsicherung aus den Texten *heraus*. Notiert jeweils:
 - Wer** spricht?
 - Welche **Rolle** hat die Person (z. B. Regierung, Opposition ...)?
- Erklärt, **warum** die Sprecher ihre jeweilige Haltung zur Grundsicherung **vertreten** (nutzt die Argumente aus dem Text).

M1: Definition Sozialstaat

Der Sozialstaat ist ein Prinzip aus der Politikwissenschaft. Es bezeichnet einen Staat, der versucht, seine Bürger gegen Notlagen abzusichern – beispielsweise durch Maßnahmen wie Krankenversicherungen, Arbeitslosengeld oder Kindergeld. Laut der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) versucht ein Sozialstaat, „das gesamte staatliche Handeln unter dem Gesichtspunkt des Sozialen zu steuern“. Das heißt, dass die Möglichkeit aller Bürger:innen, an der Gesellschaft teilzuhaben und abgesichert zu sein, das wichtigste Orientierungsziel des Staates sein soll. In Deutschland ist das Sozialstaatsprinzip in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes verankert.

Quelle: Buzzard-Glossar

VOM BÜRGERGELD ZUR GRUNDSICHERUNG



M2: Debatte vom
05.10.2025:
Bürgergeld, Rente & Co.:
Muss für den „Herbst
der Reformen“ der
Sozialstaat beschnitten
werden?



M3: Hintergrund
vom 09.10.2025:
Was sich beim
Bürgergeld ändern
soll



M4: Hintergrund vom
24.05.2022:
Bürgergeld 2023:
Was ist geplant und
wer kann die Leistung
abrufen?



M5: Thema vom
09.10.2025:
Schwarz-Rot beerdigt
Bürgergeld-System –
und verschärft
Sanktionen massiv

GRUPPENARBEIT

- 4** Erklärt euch gegenseitig eure **Ergebnisse** aus den Aufgaben 1-3.
- 5** Vergleicht die **Begriffe** ‚Bürgergeld‘ und ‚Grundsicherung‘. Diskutiert, wie die Namen **wirken** und ob sie zu den **Zielen** und zur **Ausrichtung** des jeweiligen Sozialhilfesystems passen.
- 6** Diskutiert in der Gruppe, ob die Grundsicherung einen **Fortschritt** darstellt.
- 7** Formuliert eure **eigene Position** zur Reform der Grundsicherung in der Sprechblase. Begründet eure Aussage.

Meiner Meinung nach
ist die Grundsicherung...

LÖSUNGEN

1 Warum gibt es eine Grundsicherung?

a)

Die Grundsicherung gibt es, weil der Sozialstaat laut Grundgesetz alle Bürger gegen Notlagen absichern und ihre gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten soll.

b)

Der monatliche Betrag des Bürgergeldes liegt derzeit bei 563 Euro für Alleinstehende und bei 357 bis 471 Euro für Kinder. Da keine Erhöhung geplant ist, ist mit einer Grundsicherung in dieser Höhe zu rechnen.

c)

Das Existenzminimum ist der Geldbetrag, der nötig ist, um die grundlegenden Bedürfnisse wie Ernährung, Kleidung, Wohnen und eine minimale gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Mit dem Existenzminimum müssen grundlegende Lebenshaltungskosten gedeckt werden, zum Beispiel:

- Lebensmittel und Getränke
- Kleidung und Schuhe
- Miete und Nebenkosten (Strom, Heizung, Wasser)
- Gesundheit (Arztbesuche, Medikamente, Krankenversicherung)
- Grundausrüstung für Schule/Arbeit (Hefte, Stifte, Fahrkarten)
- minimale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (z. B. Handy, kleine Freizeitaktivitäten)

2 Was ändert sich mit der Grundsicherung?

a)

Das Bürgergeld wurde reformiert, weil die Bundesregierung im Rahmen des „Herbstes der Reformen“ die Staatsfinanzen entlasten und die Wirtschaft stärken will. Da soziale Leistungen wie Rente, Pflege oder Bürgergeld sehr hohe Kosten verursachen, soll besonders beim Bürgergeld gespart werden. Die Union will deshalb strengere Sanktionen einführen, um Menschen stärker zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Die SPD hingegen lehnt Kürzungen ab und verteidigt den Sozialstaat.

b)

Die Einführung des Bürgergeldes 2023 brachte die Ablösung von Hartz IV durch eine neue Grundsicherung, die stärker auf Unterstützung und individuelle Förderung setzt, aber weiterhin Sanktionen bei Pflichtverletzungen vorsieht.

c)

Mit der Einführung der neuen Grundsicherung sollen Sanktionen deutlich verschärft werden: Schon beim ersten versäumten Termin im Jobcenter wird die Leistung um 30 % gekürzt, beim zweiten Termin nochmals um 30 %, und beim dritten Termin entfällt die Zahlung vollständig. Wer auch im Folgemonat nicht erscheint, verliert zusätzlich alle weiteren Leistungen einschließlich der Unterstützung für Unterkunft; außerdem sollen weniger Vermögen geschont und Karenzzeiten abgeschafft werden.

LÖSUNGEN

3 Die Reform in der Kontroverse

b & c)

- „Aussagen, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei, [...] ‚Bullshit‘.“ (M2)

1. Bärbel Bas

2. SPD, Bundesarbeitsministerin, Teil der Regierung

Begründung: Bärbel Bas kritisiert Kürzungen des Sozialstaates und weist Behauptung, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, entschieden zurück.

- „Das Bürgergeld ist jetzt Geschichte.“ (M5)

1. Markus Söder

2. CSU-Chef, Ministerpräsident Bayern, Regierung

Begründung: Er begrüßt das Ende des Bürgergeldes und hält die neue Grundsicherung als richtige Korrektur.

- „Startschuss für eine ‚echte Erneuerung‘ des Sozialstaats.“ (M5)

1. Rainer Dulger

2. Präsident der Arbeitgeberverbände (BDA), Vertreter der Wirtschaft

Begründung: Er unterstützt die Reform, weil sie aus seiner Sicht die Grundlage für eine bessere Arbeitsaufnahme schafft. Seine Begründung: Strengere Sanktionen und eine Neuausrichtung sollen den Sozialstaat effizienter und zukunftsfähiger machen.

- „Die Pläne sind ‚menschenunwürdig‘.“ (M5)

1. Heidi Reichinnek

2. Fraktionschefin der Linken, Opposition

Begründung: Sie lehnt die Reform ab, weil sie die Menschenwürde gefährdet sieht. Härtere Sanktionen würden Bedürftige in noch größere Not bringen und damit das Ziel des Sozialstaats verfehlen.

5 Möglicher Vergleich

Der Begriff „Bürgergeld“ betont den Bezug zu den Bürgern und klingt dadurch persönlicher und wertschätzender. Er vermittelt den Eindruck von Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe und hebt stärker den unterstützenden Charakter der Leistung hervor. Kritisch gesehen kann der Name aber auch Erwartungen wecken, die nicht vollständig eingelöst werden, da das Bürgergeld trotz des freundlichen Klangs weiterhin mit Pflichten und Sanktionen verbunden bleibt.

Der Begriff „Grundsicherung“ hebt dagegen die Absicherung des Existenzminimums hervor und wirkt sehr sachlich. Positiv daran ist, dass klar wird, worum es bei der Leistung geht: um eine nüchterne, verlässliche Sicherung der grundlegenden Lebenshaltungskosten.

Problematisch kann jedoch sein, dass der Begriff eher unpersönlich klingt und den unterstützenden Aspekt in den Hintergrund treten lässt.

Insgesamt zeigen die beiden Namen unterschiedliche Schwerpunkte: Während „Bürgergeld“ mehr die Menschen und ihre Teilhabe betont, verweist „Grundsicherung“ stärker auf das Minimum an Absicherung.